**20.12.2020, 12:58 Uhr**

**Pro und Contra: Soll der Staat Gewinne regulieren?**

**Ohne Gewinne kann unsere Gesellschaft nicht!**

**In https://www.tagesspiegel.de/politik/pro-und-contra-soll-der-staat-gewinne-regulieren-ohne-gewinne-kann-unsere-gesellschaft-nicht/26731076.html**

**Gier ist schlecht. Aber wer Gewinne verbietet, verunmöglicht Innovation. Und ohne sie funktioniert unsere Gesellschaft nicht.**

***MARCO BUSCHMANN***

**Unternehmen müssen Gewinne erwirtschaften, um mögliche Verluste abfedern zu können - das ermöglicht Innovationen, die der Staat...**

*Dr. Marco Buschmann ist Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion.*

Gier ist die Sucht nach Gewinn. Wie jede Sucht ist sie schlecht. Trotzdem bleibt der Gewinn etwas Gutes. Denn ohne ihn bräche der Sozialstaat zusammen, und die Gesellschaft würde ihre Innovationskraft verlieren. Es ist nötig, das wieder klar auszusprechen. Denn gegen den Gewinn richtet sich neuerdings eine Phalanx ansonsten völlig unversöhnlicher Kräfte von links und rechts.

Die Spitze der Sozialdemokratie redet wieder vom „demokratischen Sozialismus“. Bündnis 90/Die Grünen wollen ausweislich ihres neuen Grundsatzprogramms Renditen in bestimmen Branchen begrenzen und „unsere Wirtschaft zu einer Gemeinwohlökonomie“ umformen.

Schließlich mutiert manch wohlsituierter Bürger zum konservativen Kapitalismuskritiker. Denn wegen Erbschaft oder alter Erfolge ist er auf keinen Gewinn mehr angewiesen und erkennt im sozialen Aufstieg der anderen durch Gewinn nur neuen und lästigen Wettbewerb.

Sie alle liegen falsch.

Wem der Gewinn ein Dorn im Auge ist, sei ein Gedankenexperiment empfohlen: Tun wir so, als erziele kein Unternehmen in Deutschland mehr Gewinne. Das Steueraufkommen von Bund, Ländern und Kommunen bräche um 158 Milliarden Euro ein. Laut einer Studie des Bundesverbands der Deutschen Industrie ist das die Summe der 2019 von Unternehmen auf ihre Gewinne gezahlten Steuern. Würde man diesen Einbruch in eine entsprechende Kürzung steuerfinanzierter Sozialausgaben übersetzen, wäre das Entsetzen groß. Denn das hieße etwa 70 Milliarden Euro weniger für sozialstaatliche Leistungen.

Wollte man nicht kürzen, sondern die Lücke mit der Erhöhung anderer Steuern füllen, so wäre das Entsetzen noch größer. Dann zahlen nämlich Arbeitnehmer, Rentner oder Hartz-IV-Bezieher die Zeche. Denn um 70 Milliarden Euro zusätzlich einzunehmen, müsste man entweder die Lohnsteuer um ein Drittel oder die Umsatzsteuer um knapp sechs Punkte anheben. Daran ist nichts sozial gerechter, als den Unternehmen einfach zu erlauben, weiterhin Gewinne zu erzielen.

**Wer Vermögen besteuert, schlachtet die Kuh, die er melken möchte**

Die Besteuerung von Vermögen hilft nicht weiter. Die Einnahmen einer einmaligen Vermögensabgabe wären rasch aufgebraucht. Eine jährliche Besteuerung von Vermögen, ohne die Möglichkeit die steuerlichen Verluste durch Gewinne auszugleichen, hat nur ein Ergebnis: Es bleibt [immer weniger zum Besteuern übrigen](https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/wirtschaftswachstum-fuenf-gruende-warum-die-konjunktur-schwaechelt/24227600.html). Der Steuerstaat schlachtet die Kuh, die er melken möchte.

Doch ohne Gewinn kommt es noch schlimmer! Wir leben im Zeitalter disruptiver Innovationen. Sie helfen uns, Menschheitsaufgaben wie die Bekämpfung von Hunger, Krankheit oder Klimawandel zu bewältigen. Sie entscheiden ebenso darüber, wer das Vertrauen seiner Kunden behält. Denn die erwarten immer bessere Produkte. Das gelingt nur durch permanente Innovation. Ein Land ohne Innovation [verliert seine Wettbewerbsfähigkeit](https://www.tagesspiegel.de/politik/wirtschaft-wer-wachstum-beschraenken-will-veruebt-einen-anschlag-auf-die-soziale-marktwirtschaft/25202064.html).

Die Folge ist, dass Unternehmen in die Pleite und Arbeitsplätze verloren gehen. Arbeitnehmer stehen ohne ihr Erwerbseinkommen da. Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen sinken. Dadurch geraten Renten- und Transferleistungsniveau unter Druck. Es ist also offenkundig besser, eine innovationskräftige Wirtschaft zu haben.

Innovationen bringen drei Herausforderungen mit sich. Herausforderung Nummer eins: Man kann Innovationen nur selten vorhersehen. Welche Veränderung Fehler oder Fortschritt ist, zeigt sich oft erst im Nachhinein. Penizillin verdankt seine Entdeckung der Verunreinigung einer Petrischale. Den Einfluss des Internets hat niemand kommen sehen. Für seine Idee, im Internet Bücher zu verkaufen, wurde Amazon-Gründer Jeff Bezos lange Zeit ausgelacht.

Herausforderung Nummer zwei: Innovation setzt Veränderung voraus. Die Verhaltenswissenschaft zeigt aber, dass viele Menschen Veränderungen nicht mögen.

Nach allgemeiner Lebenserfahrung entpuppen sich geschätzt neun von zehn Veränderungen im Nachhinein als Fehler. Viele Menschen gewichten die Angst vor solchen Fehlern höher als die Hoffnung auf einen möglichen Fortschritt.

**Innovation wollen, aber Veränderung scheuen: das Innovations-Paradox**

Beide Punkte gemeinsam führen zur dritten Herausforderung: dem Innovations-Paradox. Wir wollen Innovationen. Daher brauchen wir auch Veränderung. Genau die scheuen wir aber. Daraus folgt eine politische Frage ersten Ranges: Wie motiviert man eine Gesellschaft zu Veränderungen, die niemand möchte, um zu den Innovationen zu gelangen, die wir alle brauchen? Gewinne privater Unternehmen spielen dabei eine zentrale Rolle.

Wenn von zehn Veränderungen neun schief gehen und Kosten verursachen, dann muss man sich Innovationen leisten können. Gewinne schaffen dafür einen Insolvenzpuffer. So kann man es sich leisten, auch neun Niederlagen einzustecken. Es gibt nur eine Voraussetzung: Wenn der zehnte Versuch gelingt, dann muss er – Achtung! – Gewinne abwerfen.

**Gewinne sind der Grund dafür, dass Unternehmen innovativer sind als Behörden oder Vereine**

Der Gewinn darf nicht nur hoch sein. Er muss es sogar. Denn nur so kann er die nächsten neun fehlgeschlagenen Versuche der Zukunft mitfinanzieren. Organisationen ohne Gewinne sperren sich daher stärker gegen Veränderung. Denn sie können sie sich schlicht nicht leisten. Deshalb sind gewinnorientierte Unternehmen im Regelfall innovativer als Behörden oder gemeinnützige Vereine, denen Gewinne verboten sind. Hinzu kommt die Anreizfunktion des Gewinns. Veränderungen sind oft lästig. Wer sie anstößt, macht sich unbeliebt.

Wer neun Mal scheitert, bevor beim zehnten Mal der Durchbruch gelingt, dem sind vorher Spott und Häme sicher. Warum soll man sich das also antun? Gewiss lassen sich einige Idealisten nicht schrecken. Aber dass mit dem Gewinn eine Belohnung winkt, lockt auch so manchen normalen Menschen auf den steinigen Pfad der Innovation.  
Das heißt also: Ohne Gewinn fehlen dem Sozialstaat die Mittel für Verteilungsgerechtigkeit.

# Pro und Contra: Soll der Staat Gewinne regulieren?

# Wir müssen den zügellosen Kräften des Marktes Einhalt gebieten!

**Nach der Coronakrise müssen wir uns dem Klimawandel stellen. Dafür brauchen wir eine sozial-ökologische Marktwirtschaft, die Unternehmensgewinne reguliert.**

***LISA PAUS***

*Lisa Paus ist Grünen-Bundestagsabgeordnete und Sprecherin für Finanzpolitik.*

Noch im vergangenen Jahr empfahlen Gesundheitsökonomen, die Hälfte der Krankenhäuser in der Fläche zu schließen. Wo stünde [Deutschland jetzt in der Coronakrise](https://www.tagesspiegel.de/wissen/coronavirus-in-deutschland-niedersachsen-will-mit-der-luca-app-in-oeffnungsprojekte-starten/25560996.html), wenn es diesem Rat gefolgt wäre? Am Abgrund. Das zeigt: Der neoliberale Kurs der vergangenen Jahrzehnte hat in die Irre geführt. Es war gut, dass nicht alles umgesetzt wurde, was erdacht wurde. Es reicht eben nicht, den Patienten als Kostenfaktor zu sehen. Ärzt\*innen sind keine Kaufleute und sollen es auch nicht sein.

Die Coronakrise und die ökologische Krise führen uns deutlich vor Augen: Wir müssen unsere Gesellschaft und Wirtschaft nachhaltig und widerstandfähig machen. Das wird nur gehen, wenn wir statt auf Privatisierung künftig auf mehr Gemeinwohlorientierung setzen und massiv in unsere Infrastruktur sowie die sozial-ökologische Transformation investieren.

Dabei geht es nicht darum, einfach Märkte und Gewinne für Unternehmen abzuschaffen. Es geht darum, neue Wege des Wirtschaftens zu gehen und die Mischung von staatlichen, privaten und gemeinwohlorientierten Unternehmen neu auszutarieren.

Wie das Recht auf Wohnen oder auf Mobilität, so ist das Recht auf Gesundheit Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Um jeder und jedem einen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Versorgung zu ermöglichen, müssen wir in diesen Bereichen die Gemeinwohlorientierung stärken. Ich fände es daher richtig, die Gewinnausschüttungen von Kliniken zu beschränken, damit öffentliches und beitragsfinanziertes Geld im System bleibt.

**Die Begrenzung von Renditen ermöglicht bezahlbares Wohnen**

Das Gleiche gilt für den Bereich Wohnen: Hier sollte es neben staatlichen und privaten Bauträgern einen starken gemeinnützigen, häufig genossenschaftlichen Bereich für bezahlbares Wohnen geben. Bezahlbares Bauland ist dafür unverzichtbar. Deshalb müssen Renditen in diesem Bereich begrenzt sein und Grund und Boden verstärkt in öffentliches oder gemeinwohlorientiertes Eigentum überführt werden.

Aber auch über den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge hinaus brauchen wir eine Neuausrichtung der Wirtschaft. Und auch hier ist das zentrale Wort für mich: Gemeinwohlorientierung. Wer in das [brandneue Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen](https://www.tagesspiegel.de/politik/keine-angst-vor-technik-wie-wir-die-gruenen-unser-verhaeltnis-zur-wissenschaft-neu-bestimmen/26699434.html) hineinschaut, wird es an mehr als 30 Stellen quer durch alle Bereiche finden.

Der Weg dahin ist nicht, die Märkte abzuschaffen, sehr wohl aber, sie durch klare sozial-ökologische Leitplanken zu transformieren. Nur so wird ein Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen möglich sein. Ich bin überzeugt, dass fairer Wettbewerb innovative Problemlösungen schafft – gerade als Entdeckungsverfahren für neue Ideen. Aber auch kooperative und solidarische Formen des Wirtschaftens jenseits des Marktes fördern Kreativität und Innovation.

Ich setze mich deshalb [für die sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft](https://www.tagesspiegel.de/politik/klimapolitik-direkte-demokratie-grundeinkommen-das-haben-die-gruenen-auf-ihrem-digitalen-parteitag-beschlossen/26648160.html) mit einer klaren Gemeinwohlorientierung ein. Sie ist das Gegenmodell zu einem ungeregelten Kapitalismus einerseits und einem autoritären Staatskapitalismus andererseits. Sie fußt auch auf dem klaren Bekenntnis zum „Primat des Politischen“. Der Markt sollte nicht das alleinige Organisationsprinzip für unser Wirtschaften sein, schon gar nicht für unsere Gesellschaft.

**Die Wirtschaft muss den Menschen dienen – nicht andersherum**

Die Wirtschaft muss den Menschen dienen, nicht andersherum. In einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht maximale Gewinne um jeden Preis. Wohlstand definiert sich dabei nicht allein durch materiellen Reichtum, sondern meint Lebensqualität. Nachhaltiger Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität, Vorsorge und Gerechtigkeit ist Kern eines zukunftsfähigen Wirtschaftssystems. Dafür brauchen wir einen umfassenden Wohlstandsindikator jenseits des Bruttoinlandsproduktes.

Praktikable Konzepte dafür gibt es – sie müssen nur von der Politik endlich umgesetzt werden. Die ökologische Krise zeigt uns zudem, dass unser Wirtschaftssystem ohne eine Transformation hin zu einer kohlendioxidneutralen Wirtschaft auf Sand gebaut ist.

Wir sollten deshalb die Chance nach der Coronakrise nutzen, durch ein groß angelegtes Investitionsprogramm die Grundlagen für ein krisenfestes und nachhaltiges Wirtschaftssystem zu schaffen. Zur Neuausrichtung gehört, die Klimarisiken ernst zu nehmen und unsere Wirtschaft entsprechend des Pariser Klimaabkommens aufzustellen.

**Preise sollten auch die ökologische Wahrheit sagen**

Zur sozial-ökologischen Transformation gehört auch, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen sollten. Die Einführung eines Bürgerenergiegeldes, das die Einnahmen aus dem CO2-Preis pro Kopf wieder auszahlt, wäre einfach, sozial gerecht und würde für alle die richtigen Anreize für CO2-sparendes Wirtschaften setzen. Es entlastet insbesondere Geringentlohnte und Familien.

Die sozial-ökologische Marktwirtschaft hat das Potenzial, uns entscheidend voranzubringen. Aber wir dürfen nicht naiv sein: Es braucht einen deutlich stärkeren Ordnungsrahmen, um den zügellosen und zerstörerischen Kräften des Marktes Einhalt zu gebieten. Und die richtige Mischung von staatlichen, privaten und gemeinwohlorientierten Unternehmen.

--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------